

Thesenpapier

MEGATREND FINANZPLATZ

Die Steuertransparenz wird digital – und steigt

*Drei Thesen zu den Folgen des digitalen Wandels
für Finanzdienstleister – Juni 2017*

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Digitalisierung gehört zu den Schlüsselaufgaben des Finanzplatzes Schweiz. Neue erfolgreiche Geschäftsmodelle sind gefragt – und lassen sich nur schwerlich finden. Die Finanzdienstleister und ihre Kunden stehen vor einer stillen Revolution: der Industrie 4.0. Dieser lautlose Vormarsch der Daten verändert einerseits das Berufsbild von Bankangestellten, die Softwareroboter als Arbeitskollegen erhalten werden. Andererseits bahnen die Steuerverwaltungen per Gesetz und entsprechenden Investitionen die konsequente Nutzung der neuen Datenströme an. Das Inkrafttreten des automatischen Informationsaustauschs (AIA) seit 2017 gleicht dabei dem weissen Kräuseln entlang der Küste, das die Flutwelle ankündigt. Auf den folgenden Seiten lesen Sie drei Thesen als Denkanstoss zur digitalen Entwicklung der Zukunft.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Dieter Wirth
Leiter Financial Services

Christoph Schärer
Tax Partner



Ausländische Steuerverwaltungen bauen ihre Kompetenzen systematisch und massiv aus, um Steuerhinterziehern und Geldwäschern das Handwerk zu legen. Das definiert für Schweizer Banken das Vertrauensverhältnis zwischen Kunde und Bank neu.

Die Fakten

Spätestens seit der Einführung des AIA und des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) spüren die Schweizer Banken, wie der Datenhunger und der Druck ausländischer Steuerverwaltungen steigen. Die treibende Kraft hinter dieser neuen, internationalen Steuertransparenz ist die OECD. Für diese ist der grenzüberschreitende Austausch von Personendaten zwischen Bank und Steuerverwaltung indes nur ein erster Meilenstein. Das zeigen verschiedene normative Berichte an die Adresse nationaler Steuerverwaltungen, die ihre Einnahmefizienz weiter steigern möchten. Zum Beispiel zeigt die OECD in einem Bericht von September 2015 auf, wie sich die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Steuerbehörden und ihren Financial Intelligence Units (FIU) im Sinne eines «Whole of Government»-Ansatzes konkretisieren und optimieren lässt. Dafür entscheidend ist aus OECD-Sicht die möglichst vollständige Zugänglichkeit der Steuerverwaltungen zu den Verdachtsmeldungen, sprich den Daten in den Suspicious Transaction Reports (STR).

Für diese neue Durchlässigkeit braucht es zum einen auf nationaler Ebene entsprechende gesetzliche Voraussetzungen. Zum anderen müssen die Staaten dafür sorgen, dass die operationellen Strukturen und Prozesse der Datenverarbeitung so effizient wie möglich funktionieren. Grundlage dieser Empfehlung ist eine Analyse der zivil- und strafrechtlichen Zugangsmöglichkeiten nationaler Steuerverwaltungen zu STRs in 28 Ländern.

Wie die Steuerverwaltungen selber bei der Datenauswertung effizienter werden können, legt der OECD-Bericht «Putting Data to Work» von Mai 2016 dar. Advanced Analytics ist die Nutzung statistischer Methoden, um Voraussagen zu machen oder Rückschlüsse über Ursache und Wirkung zu ziehen. Beides gehört zum Alltag einer Steuerverwaltung. Neben organisatorischen Anpassungen rät die OECD zum Einsatz sowohl von kommerzieller Analysesoftware als auch von Open-Source-Tools. Grundsätzlich müssten Steuerverwaltungen dafür sorgen, dass sämtliche Daten digital analy-

siert werden könnten. Zudem sollten sich Verwaltungen regelmässig mit anderen Ländern über ihre Best Effectiveness austauschen.

Dass sich eine effizientere Datenverarbeitung lohnt, zeigen Schätzungen von zusätzlichen Steuereinnahmen, die dadurch ausgelöst werden. Südkorea zum Beispiel meldete, in der ersten Jahreshälfte 2014 in Folge effizienterer Datenverarbeitung knapp eine Milliarde US-Dollar Steuern generiert zu haben. Australien meldete zwischen 2008 und 2013 zusätzliche Steuereinnahmen von zwischen 100 und 450 Millionen US-Dollar pro Jahr.



DAS FAZIT

Ausländische Steuerverwaltungen optimieren ihre Auswertung von Steuerdaten. Dafür unternehmen sie teilweise erhebliche Anstrengungen. Bisherige gesetzliche Grundlagen werden weit über AIA und FATCA ausgeweitet. Die Zugriffsmöglichkeit ausländischer Steuerverwaltungen auf Steuerdaten werden die Beziehungen von Schweizer Banken zu ihren Kunden stark verändern. Vertraulichkeit und Exklusivität werden angesichts der immer breiteren Datenströme durch Transparenz und verschärften Wettbewerb ersetzt. Nicht umsonst will Deutschland gemäss einem Entwurf aus dem Bundesfinanzministerium in der neuen Abgabenverordnung als dem wichtigsten deutschen Steuergesetz den Passus streichen, dass «Steuerverbehörden auf das Vertrauensverhältnis zwischen Banken und ihren Kunden besonders Rücksicht zu nehmen haben». Demnach müssen die Banken in der Schweiz ihr Verhältnis zum Kunden trotz Vertrauensverlusts abermals positiv aufladen.

Die Zugriffsmöglichkeit ausländischer Steuerverwaltungen auf Steuerdaten werden die Beziehungen von Schweizer Banken zu ihren Kunden stark verändern

Seit 9/11 und den nachfolgenden Anschlägen übertragen die Bürger dem Staat noch mehr Hoheit über ihre persönlichen Daten. Die Abschaffung des Bargelds wird die Finanzdienstleister zu Gehilfen von Steuerverwaltungen und Sicherheitsbehörden machen.

Die Fakten

Die Legitimation von staatlichen Behörden, persönliche Daten der Bürger zu sammeln, festigt sich. Jüngstes Beispiel dafür ist die von der französischen Regierung vorgeschlagene zentrale Datenbank, die alle persönlichen und biometrischen Daten von Frankreichs 60 Millionen Staatsbürgern speichern soll. Seit den New Yorker Anschlägen von 2001 steht in immer mehr Ländern die Sicherheit für den Bürger klar über der Wahrung der Privatsphäre.

Der Staat hat den grenzüberschreitenden Datenfluss vom Sicherheitsbereich in den Steuerbereich und damit in die Banken mit ausländischen Kunden hineingeleitet. Die Erklärung der schweren Steuerhinterziehung zur Vortat von Geldwäsche im Jahr 2012 durch die FATF markiert für die Banken einen Wendepunkt. Welche Schlagkraft die internationale Kriminalisierung von Steuerdelikten entfaltet, zeigt der Vorstoss der G-5: Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien und Spanien fordern im Kampf gegen Steueroa-

sen von den G-20, dass der grenzüberschreitende Austausch von Informationen auch über wirtschaftlich Berechtigte von Firmen und anderen Rechtskonstrukten basierend auf einem globalen Standard sichergestellt wird. Von der Etablierung nationaler öffentlich zugänglicher und global vernetzter Register der Daten wirtschaftlicher Berechtigter ist auch längst seitens der OECD die Rede. Die angedachte Abschaffung des Bargelds steht vordergründig ebenfalls unter dem Aspekt der Sicherheit. Eine direkte Folge ist jedoch, dass damit jeder Bürger auch für die Steuerverwaltungen eine vollständige Datenspur seiner Ausgaben und Zuwendungen hinterlässt. Vorreiter der Bargeldlosigkeit ist Schweden, wo sich der langjährige Durchschnitt des Bargeldbestands fast halbiert hat und praktisch keine Scheine oder Münzen mehr im Umlauf sind. Selbst Obdachlose in den Strassen Stockholms haben digitale Lesegeräte erhalten. Das Vertrauen der Bürger in ihren Staat scheint stark – und die Angst vor Überwachung gering.





DAS FAZIT

Durch die internationale Kriminalisierung der Steuerhinterziehung bestimmt der Staat die Beziehung der Finanzdienstleister zu ihren Kunden direkt mit. Die Überwachung der Geldströme und Bewegungen durch Steuer- und Sicherheitsbehörden nimmt weiter zu. Die Finanzdienstleister sollten deshalb die Gesetzeskonformität insbesondere von ausländischen Kunden mit bankeigenen Datenanalysen rasch auf das Niveau der Steuer- und Sicherheitsbehörden bringen. Sie müssen unbedingt vermeiden, dass eine als konform erachtete Kundenbeziehung von staatlichen Behörden «aufgekündigt» wird – der absolut schlimmste Fall. Bargeld wird mittelfristig abgeschafft, weil sich die Sicherheitslage des öffentlichen Raums in Europa nicht verbessern wird. Damit übernehmen die Banken endgültig hoheitliche Verantwortung für die Themen Steuern und Geldwäsche. Sie sollten ihre Kunden umsichtig darauf vorbereiten, indem sie diese umfassend, präzise und langfristig informieren.

*Die Überwachung
der Geldströme
und Bewegungen
durch Steuer- und
Sicherheits-
behörden nimmt
weiter zu*

Steuerverwaltungen vor allem im angelsächsischen Raum streben den gläsernen Bürger und Bankkunden an. Der Trend zur Volldigitalisierung ist unumkehrbar. Die Finanzdienstleister müssen die neuen Risiken effizient überwachen und gleichzeitig auch das Zukunftspotenzial der Digitalisierung nutzen.

Die Fakten

Im Bereich der Advanced Analytics orientieren sich die globalen Steuerbehörden nicht an der Schweiz, sondern an Vorkämpfern gegen die Steuerflucht wie zum Beispiel Grossbritannien. Dort wurden der Steuerbehörde dafür bereits vor über sechs Jahren 917 Millionen Pfund zur Verfügung gestellt. Zwischen 2010 und 2015 traten über 40 Gesetzesänderungen mit dem gleichen Ziel in Kraft. Sie haben das staatliche Datensammelrecht enorm ausgedehnt. Kürzlich hat die britische Steuerbehörde vorgeschlagen, auch Scheckzahlungen, Geldsendungen und Wechselstuben in die Pflicht zu nehmen. Weitere Massnahmen sind das Veröffentlichen von Verstössen («Naming and Shaming»), schärfere Strafen in Zivil- und Strafrecht sowie verschärfte Haftungsregeln für Unternehmen. Auf diesem regulatorischen Weg sollen das Delikt der Gehilfenschaft zur Steuerflucht für Firmen stark ausgeweitet, das Territorialprinzip durch die Dual-Criminality aufgehoben und für

verdächtige Steuersünder die Beweislastumkehr eingeführt werden.

Auch die australische Regierung will ihrer Task Force gegen Steuerflucht in den nächsten vier Jahren 679 Millionen AU-Dollar zur Verfügung stellen. Damit sollen die Steuervermeidung durch internationale Konzerne und Superreiche geahndet und ein zusätzliches Steuersubstrat von 3,7 Milliarden AU-Dollar geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollen schärfere Gesetze und die systematische Nutzung von Datenquellen und Informationen Dritter dienen.

Dazu zählt das Abgleichen von Daten der Finanzdienstleister, der Arbeitgeber, der staatlichen Renten, der Börsenregister, der Fahrzeugregistrierungsstellen, der Gesundheitsversicherungen sowie der Geldtransfers in der Bauindustrie und der Gebäudeunterhaltsdienste.





DAS FAZIT

Für Schweizer Banken bleibt auch nach der Einführung von AIA und FATCA das Risiko aus Kundenbeziehungen mit Ausländern ohne Steuerkonformität bestehen – bzw. wird es sich sogar noch verstärken. Angesichts der eingebüsstten Hoheit über ihre Kundendaten haben die Banken verschiedene Optionen: Sie können nichts unternehmen. Damit steigt das Risiko, neuerlich in den Fokus zu geraten. Sie können die Digitalisierung ihrer Kundenstämme aber auch vorantreiben und so mindestens mit Steuerverwaltungen und Sicherheitsbehörden gleichziehen. Die dritte und beste Option besteht darin, die eigene Datenauswertung massgeblich zu verbessern. Diese brauchen die Finanzdienstleister sowieso, um ihre Geschäftsmodelle zu optimieren und neue Produkte zu entwickeln. Das ist die empfohlene, weil offensive Antwort von Banken auf die Tatsache, dass Daten und Staaten die Zukunft bestimmen. In einer Zeit anhaltender Unsicherheit machen für den Finanzplatz Schweiz auch die Nähe und die Kompetenz der Bankkundenberater einen entscheidenden Unterschied aus. Voraussetzung ist die zukunftsfähige Volldigitalisierung der Schweizer Banken.

In einer Zeit anhaltender Unsicherheit machen für den Finanzplatz Schweiz auch die Nähe und die Kompetenz der Bankkundenberater einen entscheidenden Unterschied aus

Kontakte

